



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 74 - Plenarwoche 1. - 5. September 2008

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

Am 7. August ist ein Teil der Decke des Strassburger Plenarsaals, in dem üblicherweise die Europaabgeordneten tagen, eingestürzt. Es handelt sich um eine Fläche von circa 200qm. Insgesamt sind mehrere Platten der Zwischendecke herab gefallen, wobei eine das Gewicht von 50 Kilogramm hat. Zum Zeitpunkt des Einsturzes befand sich das Europäische Parlament in der Sommerpause, auch Besuchergruppen hatten keinen Zugang, so dass es keine Verletzten gab. Im Falle einer stattfindenden Tagung hätte es aber in jedem Fall Tote und Verletzte gegeben. Insbesondere die EVP-Fraktion, der auch die CDU und CSU Abgeordneten angehören, wäre bei einer Tagung besonders getroffen worden.

Der teilweise Einsturz der Zwischendecke im Plenarsaal des Europaparlaments in Strassburg hatte nun zur Folge, dass die laufende Plenarwoche statt in Strassburg in Brüssel stattfand. Auch die zweite Plenarwoche vom 22. bis 25. September wird in Brüssel stattfinden, da das Gebäude derzeit grundsätzlich überprüft wird. Ab Oktober wird das Europäische Parlament dann wieder wie gewohnt in Strassburg tagen.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Gemeinsamer Referenzrahmen

Am Mittwoch stimmten die Abgeordneten grundsätzlich über den Entwurf des Gemeinsamen Referenzrahmens ab. Hierbei handelt es sich um einen Entwurf von Rechtswissenschaftlern zu einem Europäischen Vertragsrecht. Der Referenzrahmen umfaßt nicht nur reines Verbrauchervertragsrecht, sondern soll vor allem kleineren und mittleren Unternehmen die grenzüberschreitende Ausgestaltung ihrer Verträge mit anderen Wirtschaftsteilnehmern, die keine Verbraucher sind, erleichtern. Von diesem Projekt werden alle profitieren. Verbraucher, weil sie auf Grundlage des Europäischen Vertragsrechts europaweit einkaufen können; und Unternehmen, weil sie aufgrund erhöhter Rechtssicherheit neue Märkte bedienen und durch ein einheitliches Regelwerk erhebliche Kosten einsparen können. Der Gesetzgebungsprozess hierüber steht noch am Anfang seiner Entwicklung. Geplant ist aber, dass es sich um ein Instrument handeln soll, welches den Vertragsschließenden wahlweise zur Verfügung stehen soll. Die Parteien sollen für ihre Rechtsbeziehungen freiwillig ein alternatives Zivilrechtssystem wählen können.

Ich habe für den Berichterstatter am Montag im Plenum die Rede gehalten, in die Debatte eingeführt und einige Fragen an die zuständige Kommissarin gestellt. Die Rede hierzu finden Sie hier: http://www.europarl.ep.ec/sce/server/intranet/cre/sce_cre_01.jsp

2. Sozialpaket: Soziales Europa und Gleichberechtigung

Die Europaabgeordneten debattierten insbesondere über ein sozialpolitisches Paket, das die Kommission vor der Sommerpause auf den Weg gebracht hatte. Das so genannte Sozialpaket soll für mehr Solidarität und Chancen-Gerechtigkeit sorgen. Zu den Vorschlägen gehört es, den

Arbeitsmarkt in Europa stärker grenzüberschreitend zu öffnen, indem beispielsweise das „Mitnehmen“ von erworbenen Renten- und Sozialversicherungsansprüchen erleichtert wird. Auch sollen länderübergreifende Tarifverhandlungen erleichtert werden. Des Weiteren sind Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zur verbesserten Arbeitsmarkintegration in dem Paket enthalten. Die Abgeordneten begrüßten das Paket mehrheitlich und betonten, dass es notwendig sei, Diskriminierungen abzubauen, Flexibilität und Sicherheit miteinander zu verknüpfen und die Zusammenarbeit und den Dialog von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie die Balance zwischen Freizeit und Arbeit zu verbessern. Die Abstimmungen zu dem Paket finden während der nächsten Plenartagung statt.

3. Klonen von Tieren für die Lebensmittelversorgung

Das EP nahm eine entsprechende Entschliebung an, nach der keine Nahrungsmittel aus geklonten Tieren mehr hergestellt werden dürfen. Aus gesundheitlichen Gründen soll die Versorgung der Menschen mit Fleisch- und Milchprodukten geklonter Tiere verboten werden. In der Entschliebung fordern die Abgeordneten die Europäische Kommission auf, einen Gesetzgebungsvorschlag zu unterbreiten, um zu verhindern, dass geklonte Tiere oder ihre Nachkommen als Lebensmittel, auch in Form von Fleisch- und Milchprodukten, in die EU importiert werden. Nach Überzeugung der Europaabgeordneten ist die Krankheitsanfälligkeit und Sterblichkeit geklonter Tiere höher als bei natürlich gezeugten Tieren. Auch die EU-Ethik-Beratergruppe habe keine überzeugenden Argumente dafür gefunden, das Klonen von Tieren für die Lebensmittelversorgung ethisch zu rechtfertigen, begründet das EP seine Initiative. Außerdem kritisiert es, dass Klonen die genetische Vielfalt bei Nutztierbeständen stark sinken lasse.

4. Chemikalienkennzeichnung

Die Kennzeichnung gefährlicher Chemikalien folgt in der EU ab 2011 internationalen Regeln. Das EP verabschiedete eine Richtlinie zur Übernahme des so genannten GHS-Systems (Globally Harmonised System of Classification and Labelling). Ziel des GHS ist die internationale Harmonisierung von Einstufungs- und Kennzeichnungssystemen etwa beim Transport oder beim Verbraucher-, Arbeitnehmer- und Umweltschutz. Viel verändern wird sich allerdings nicht, denn die Vorgaben zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von gefährlichen Chemikalien ähneln den bereits bestehenden EU-Regeln in der Stoff- und Zubereitungsrichtlinie. Für Stoffe wird die neue GHS-Kennzeichnung ab dem 1.12.2010 verbindlich, für Gemische ab dem 1.6.2015. Bis dahin ist die Einstufung nach altem und neuem System vorzunehmen. In den Verhandlungen setzten die Abgeordneten durch, dass die EU die Harmonisierung der Kriterien für die Klassifizierung und Kennzeichnung von persistenten, bioakkumulierenden und toxischen Substanzen (PBT-Substanzen) auf UN-Ebene fördern soll. Das EP verankerte außerdem die Verpflichtung, die Anzahl der Tierversuche zu verringern. Ferner wollen sie, dass die Mitgliedstaaten so genannte Giftzentren einrichten, die insbesondere bei Notfällen Informationen erhalten, um die notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können.

III. Weitere Themen waren

- Situation in Georgien
- Alarmsystem für vermisste Kinder
- EU-Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetrugs
- Engere Zusammenarbeit im Justizbereich
- Werbung in der EU
- EG-Typengenehmigung für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>
